

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 10 (1930-1931)
Heft: 1

Artikel: Umgruppierung im deutschen Bürgertum
Autor: Gurland, A.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-330620>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

4862

(N 11 i)

SEPTEMBER 1930

HEFT 1
10. JAHRGANG

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER: SOZIALE DEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Umgruppierung im deutschen Bürgertum

Von A. Gurland, Berlin.

Die Wahlen zum Deutschen Reichstag am 14. September werden das Fazit einer neuartigen politischen Entwicklung zu ziehen haben. Parlamentarisch geht es um das Schicksal jener bürgerlichen Blockbildung, die das eigentliche Werk des Kabinetts *Brüning* ist. Der Versuch eines Bürgerblockregimes ist in der Deutschen Republik freilich nicht mehr neu. Neu aber war die politische Konstruktion, die Brüning seinen Plänen zugrunde gelegt hatte. Das Bürgerblockexperiment des jetzigen Reichsbankpräsidenten *Luther* war nichts anderes als ein Versuch der Bureaucratisierung des Parlamentarismus, geistlos, ohne jede politische Ideologie, nur von Augenblickserwägungen der hinter Luther stehenden Kapitalistenkreise getragen. Der Zentrumskanzler *Marx* hatte mit seinen Bürgerblockregierungen der «Mitte» nur die ausgetretenen Schuhe einer traditionellen Zentrumspolitik abgetragen. Bei Brüning war alles anders. Seine Konstruktion hatte mit der bisherigen Tradition der bürgerlichen Blockbildung gebrochen und an Stelle einer lediglich zweckbedingten parlamentarischen Koalition der bürgerlichen Parteien eine durchgreifende politische und ideologische Umgruppierung des Bürgertums im Zeichen des «Frontgeistes» zu verwirklichen unternommen. Die Konstruktion ist nicht ganz geglückt, aber entscheidende Umgruppierungen vollziehen sich im bürgerlichen Lager vor aller Augen.

Der Ausgangspunkt der Brüningschen Kombination war der Zersetzungsprozeß in den Reihen der *Deutschnationalen Volkspartei*. Als Partei der *großagrarischen* Interessen reagieren die Deutschnationalen sehr empfindlich auf alle Wandlungen der ökonomischen Position des Großgrundbesitzes. Die politische Geschichte der Deutschnationalen Partei ist zugleich die Geschichte der sozialen und ökonomischen Strukturverschiebungen in der Sphäre der agrarischen Produktion. Bis zur Beendigung

der Inflation ist der Großgrundbesitz in Deutschland eine autonome Großmacht. Die Schulden werden in entwertetem Gelde zurückgezahlt, die landwirtschaftlichen «Sachwerte» bleiben wertbeständig, der Großgrundbesitz nimmt an der Auspowerung des Mittelstandes teil. Die wirtschaftliche und soziale Machtstellung des Agrariertums bleibt gefestigt und unerschüttert. Auf der politischen Arena kämpft das Junkertum einen zähen und erbitterten Kampf gegen den Verlust seiner Schlüsselstellungen in Regierung und Verwaltung. Es ist der Todfeind des neuen, republikanischen Staates, und die Deutschnationale Volkspartei ist Trägerin einer haßerfüllten Opposition gegen die Republik, gegen die bürgerlichen Versuche einer parlamentarischen «Verständigung» im Innern, gegen die Außenpolitik der «Erfüllung» nach außen. Mit der Stabilisierung der Währung ändert sich die Situation grundlegend. Die Landwirtschaft bleibt auf ihren Sachwerten sitzen, die Verschuldung nimmt stürmisch zu, das Bank- und Industriekapital dringt direkt und indirekt in die agrarische Produktion ein. Die Agrarier brauchen Zölle, Kredite, Subventionen, staatliche Sanierungs- und Stützungsmaßnahmen. Sie suchen nunmehr selbst die Verständigung mit dem republikanischen Staat, der doch ein Staat der Kapitalistenklasse ist. Sie sind gezwungen, sich in die *gesamtbürgerliche Front* einzugliedern. Als besondere Klasse der bürgerlichen Gesellschaft hat das Agrariertum in der Tendenz bereits aufgehört zu existieren, es wandelt sich allmählich zu einer untergeordneten Fraktion im Rahmen der «einen reaktionären Masse». Von der halbierten Zustimmung zu den Dawes-Gesetzen führt der Weg zur Teilnahme an der republikanischen Regierung, zur Unterstützung der Locarno-Politik. Die Deutschnationalen werden «salonfähig». Aber seither datiert auch die politische Krise im agrarischen Lager, auf die Brüning seine ganze Aktion aufgebaut hatte.

Die Einordnung des Großagrariertums in die gesamtbürgerliche Front hat Auswirkungen gegensätzlicher Art. Der mehr oder minder *sanierte Großgrundbesitz* wird *staatserhaltend-konservativ*. Aber mit seiner Teilnahme an der Ausübung der politischen Macht wächst auch sein Appetit. Die Zoll- und Subventionsforderungen werden immer maßloser. Die bürgerlichen Fraktionen, die mit dieser Agrarierschicht ihren Frieden machen, werden zum Vorspann für die agrarischen Forderungen, die in der verarbeitenden Industrie und in bürgerlichen Verbraucherschichten (Mittelstand!) auf Widerstand stoßen. Anderseits sind erhebliche Teile des Großgrundbesitzes infolge der Fehlinvestitionen der Inflationszeit so zerrüttet, daß sie auch nach der Sanierungspolitik der Jahre 1924 bis 1928 *am Rande des Bankrotts* bleiben. Sie sind nach wie vor jeder Aussöhnung mit der kapitalistischen Republik abgeneigt, sie *bekämpfen die Republik* nach wie vor bis aufs Blut, sie sind nach wie vor Gegner der

Stresemannschen Außenpolitik. Und ihnen folgen die im deutschnationalen Lager stehenden Schichten des Mittelstandes und des Kleinbürgertums in dem Maße, wie die «Sanierung des Mittelstandes» ihre Proletarisierung nicht verhindert und die kapitalistische Rationalisierung zu ihrer Vereelendung beigetragen hat. Das ist in groben Umrissen der ökonomische Unterbau des Richtungsstreites im deutschnationalen Lager.

Der «gemäßigte» Schiele-Westarp-Treviranus-Flügel der Agrarierpartei ist auf kapitalistischer Basis regierungsfähig, der «intransigente» Hugenberg-Flügel ist es nicht. Solange die beiden Flügel im Rahmen einer Partei blieben, war eine *Bürgerblockmehrheit* auf die Dauer *unmöglich*, waren die bürgerlichen Mittelparteien auf das Mitregieren der Sozialdemokratie angewiesen. Die Ueberwindung dieser Konstellation war das strategische Ziel der Brüning-Kombination. Nachdem die Absplitterung der Treviranus-Keudell-Gruppe von den Deutschnationalen bereits im Dezember 1929 erfolgt war, sollte auch noch der rein agrarische Schiele-Westarp-Flügel von Hugenberg losgeeist werden. Zollerhöhungen, Einfuhrverbot für Gefrierfleisch, Milliardensubventionen in Gestalt der «Osthilfe»: das war der Weg. Aber Brüning hatte zweierlei übersehen: durch die «Landwirtschaftshilfe» wurde die ökonomische Position des Agrariertums *gefestigt*, seine Begehrlichkeit, seine politische Eigenwilligkeit, sein Machtanspruch *gesteigert*; und auf der andern Seite bedingte der Preissturz auf dem Weltgetreidemarkt die Erschwerung der Bereicherungsaktion für den Großgrundbesitz und *verstärkte die aggressive Opposition* der dem Bankrott anheimfallenden Junkerschichten. So wurde das Brüning-Kabinett unter der Hand zu einem Kabinett Schiele-Treviranus, der agrarische Anstrich der Regierung wurde durch die Querverbindungen zwischen den Großagrariern des katholischen Zentrums und ihren evangelischen Kollegen auf der äußersten Rechten doppelt aufgelegt, indes Hugenberg an eine Milderung seiner Opposition trotz alledem nicht dachte. Die «gerettete» Landwirtschaft ließ sich die Rettung zwar gefallen, sah es aber gerade im Interesse dieser Rettung sehr gern, daß Hugenberg den Kampf gegen das «marxistische Regierungssystem» unentwegt weiter verschärfte.

Ob Brüning die Massen der deutschnationalen Wähler zu Treviranus herübergezogen hat, steht einstweilen dahin. Vorerhand hatte aber Hugenberg das Kabinett Brüning am Schlafittchen gepackt und nicht locker gelassen. Hugenberg hat die Kasse und den Parteiapparat in der Hand, und auf wessen Seite die stärkeren Bataillone sind, ist noch sehr fraglich und wird wohl von der Haltung der deutschnationalen *Bauern* abhängen, die von der Subventionierung des Großgrundbesitzes noch nicht fett geworden sind und zur «Intransigenz» neigen. Deutsch-nationale *Politik*, wie sie das Kabinett Brüning getrieben hat,

ist agrarischen Kreisen sicherlich wichtiger als deutschnationale *Agitation*, Marke Hugenberg. Aber schließlich sagen sich die «Geretteten», daß ohne die «Unnachgiebigkeit» Hugenbergs die Stimmen der «nachgiebigeren» Westarp und Treviranus der Brüning-Regierung vielleicht nicht des Preises wert gewesen wären, den sie nach und nach hat erlegen müssen. Freilich hat es bei Hugenberg vor Reichstagsschluß eine neue Spaltung gegeben: der Westarp-Gruppe war die nicht ganz rassereine Brüning-Regierung immer noch lieber als die Auflösung des Reichstages, die Hugenberg durch die Unterstützung des sozialdemokratischen Antrages auf Aufhebung der Steuernotverordnungen der Regierung erzwang. Und es ist aus dieser Abstimmung auch geschlußfolgert worden, daß Hugenberg mit der provozierten Spaltung der eigenen Partei und der erzwungenen Auflösung des Reichstages so recht eigentlich Selbstmord begangen hat. So ganz selbstmörderisch ist Hugenbergs Taktik nun doch nicht gewesen: die Schlüsselstellung, die er im alten Reichstag gehabt hat, verliert er nur, wenn eine bürgerliche Majorität ohne ihn zustande kommt, und er darf nicht ohne Grund damit rechnen, daß die bürgerlichen Mittelparteien bei den Wahlen zu Paaren getrieben werden, wie das schon in Sachsen im Juni geschehen ist, und daß dann eine *bürgerliche Regierung ohne den Hugenberg-Flügel* der Deutschnationalen und vielleicht auch ohne die Nationalsozialisten überhaupt *nicht mehr möglich* sein wird.

Trotz allem Gerede über die Krise des Parlamentarismus, die in Wirklichkeit nur die Krise der bürgerlichen Parlamentsherrschaft ist, muß sich jede bürgerliche Partei dem Gesetz der parlamentarischen Demokratie fügen, das die Rücksichtnahme auf die eigenen Wählermassen verlangt. Und Hugenbergs Wähler, denen die Schiele und Treviranus reichlich Geschenke dargebracht haben, brauchen den Beweis, daß Hugenberg die Macht wirklich besitzt, von der er spricht. Diesen Beweis konnte Hugenberg nur erbringen, wenn er gegen die «Marxistenherrschaft» noch gründlicher anrannte, als es der Regierung Brüning gelungen war. Es war ernste politische Absicht, wenn Hugenberg als Preis für die Unterstützung der Regierung vom Zentrum die *Zerreißung der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalition in Preußen* verlangte, denn auch im Richtungsstreit der Deutschnationalen ist für beide Flügel die Eroberung der preußischen Regierung das Ziel, dessen Erreichung die Güte ihrer Politik den Wählern erst plausibel macht. Gelänge den «Gemäßigten», der Konservativen Volkspartei, wie sie sich jetzt nennen, das Eindringen in die Preußenregierung auf dem Umweg über ein brüningartiges Experiment im Reich, so hätten sie bewiesen, daß man nur durch Paktieren mit der bürgerlichen «Mitte» den Sieg erringen kann. Bliebe aber trotz Schieles und Treviranus' Ministertätigkeit die preußische Koalition bestehen, so wäre Hugenberg mit seiner Behauptung im Recht geblieben, daß das

Opfer der Regierungsbeteiligung die nötigen Früchte doch nicht trägt. So wurde von beiden Seiten ein konzentrisches *Feuer auf Preußen* eröffnet. Treviranus hat sogar den Reichspräsidenten mit seinem Protest gegen das rheinische Verbot des «Stahlhelm» vorzuschieben gewußt, um Zentrum und Sozialdemokratie in Preußen auseinanderzubringen. Die Aktion, hinter der sich des Zentrumsführers Brüning Schatten abzeichnete, mißlang, weder Brüning noch Treviranus brachte die Preußenkoalition zu Fall, und nunmehr verbot es Brüning das politische Prestige, auf Hugenberg's Befehl etwas zu tun, was er aus eigenem nicht bewirken konnte. Jetzt kann Hugenberg seinen Leuten sagen, daß nur auf dem Wege der «Unversöhnlichkeit» der Sturm auf die Festung Preußen von Erfolg begleitet sein kann.

Und das ist wieder eine jener Wirkungen des Systems der parlamentarischen Demokratie, die des Zentrums Innenminister Wirth als Anzeichen der Krise des Parlamentarismus empfindet. Jenes nämliche *Zentrum*, das im Reich die ganze Belastung der Brüning-Aera zu verantworten hat, hat bis jetzt mit aller Zähigkeit an der *Koalition mit der Sozialdemokratie* in Preußen festgehalten. Das Zentrum mit seinem starken Arbeiteranhang kann nicht das Agrariertum sanieren, die Lebenshaltung der breiten Massen verteuern, die Löhne drücken, die Krankenversicherung und die Erwerbslosenversicherung zerschlagen, ohne daß es sich vor dem Zorn seiner Wähler durch eine Rückversicherung mit den Sozialdemokraten schützt. Was nützte in der Tat die Zerschlagung der Deutschnationalen, die das Mitregieren der Sozialdemokratie im Reich entbehrliech machen soll, wenn die auf die Ausschaltung der Sozialdemokratie gerichtete Politik die Arbeiterwähler des Zentrums in hellen Scharen ins sozialdemokratische Lager trieb? Was nützte der ganze Kampf gegen Hugenberg, der das Bürgertum zur Abwehr der Sozialdemokratie befähigen soll, wenn nichts dabei herauskäme als eine Machtsteigerung der Sozialdemokratischen Partei? Und das Zentrum, das bei den Reichstagswahlen 1928 zum ersten Male seit vielen Jahren mit einem Schlag fast 10 Prozent seiner Wähler verloren hat, weiß, daß seine Position nicht mehr so unantastbar ist.

So fand die Brüningsche Kombination, die doch nichts anderes bezweckte als die Untergrabung der sozialdemokratischen Machtposition, ihre Grenze in der Eventualität der Stärkung des Gegners, gegen den man ins Feld gezogen war. Um so heftiger fällt das Zentrum über den gefährlichen Gegner im Wahlkampf her. Von den Mandaten der andern «Mittelparteien» dürfte nach den Wahlen nicht viel mehr als die Hälfte übrigbleiben, ein Bürgerblock wäre dann nur möglich unter Einschluß der Hugenberg-Fraktion, die Brüning zur Gänze vernichten wollte. Und da der *offene Pakt mit Hugenberg* für das Zentrum doch zu riskant ist, muß es an eine Wiederkehr der Sozialdemokraten in die

Regierung denken. Was aber, wenn die bürgerliche Mitte geschwächt und die Sozialdemokratie gefestigt und gestärkt im neuen Reichstag erscheint? Das wäre der Zusammenbruch nicht nur der Brüning-Kombination, sondern der gesamten aggressiv-reaktionären Zentrumspolitik der letzten Jahre, ein Zusammenbruch, den das Zentrum jetzt durch die Konzentration all seiner Kräfte gegen die Sozialdemokratie zu verhindern versucht. Das ist um so wichtiger für die Erhaltung des «Zentrumsturms», als eine Machtstärkung des Arbeiterflügels im Zentrum selbst in der letzten Zeit nicht zu verzeichnen gewesen ist und die Gefahr besteht, daß zahlreiche katholische Arbeiter direkt abwandern ins Lager der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Gefahr ist auch das Zeichen, in dem die Umgruppierung innerhalb der *bürgerlichen Mitte* erfolgt. Brüning hatte von einem «evangelischen Zentrum» geträumt, in dem nach gründlicher Vernichtung der letzten Reste liberaler Ideologien die *Demokraten*, die *Deutsche Volkspartei* und vielleicht auch die mittelständlerische *Wirtschaftspartei* mit ein paar Splittergruppen zu vereinen gewesen wären unter Herstellung einer Verbindungsbrücke zur ersehnten großen «staats-treuen Rechtspartei». Aber gerade in einer Zeit, in der die *schwerindustrielle Volkspartei* für die agrarischen Interessen eingespannt wurde, war es fraglich, ob die besondern wirtschaftlichen Interessen der *verarbeitenden Industrie*, des *Handels* und der konzernfreien *Banken*, die bis jetzt in der Demokratischen Partei ihre Vertretung gefunden hatten, so ohne weiteres unter einen Hut zu bringen waren mit dem wirtschaftlichen Diktat der Schwerindustrie. Zudem gibt es noch Schichten des «gebildeten» Mittelstandes, die man nur mit liberaler Ideologie im kapitalistischen Lager erhält und die für offenen und ausgeprägten Bürgerblock nicht gleich zu haben sind. Brünings ursprünglicher Plan, dem katholischen Zentrum in Gestalt eines evangelischen Zentrums eine bequeme Rückenstütze zu verschaffen, schlug fehl.

Aber mit bloßer Ideologie sind bürgerliche Parteien heutigen Tags nicht zusammenzuhalten. Je stärkere Zusammenballung der bürgerlichen Kräfte die Offensive der sozialen Reaktion verlangte, um so unverträglicher wurde im Schoße der Demokratischen Partei die liberale Ideologie mit der Praxis der sozialpolitischen Reaktion. Eine eindeutige Verbrüderung mit der schwerindustriellen Volkspartei verhinderten wirtschaftspolitische Streitfragen, aber in der alten Form war das Gebilde der Demokratischen Partei nicht mehr zu halten. So vollzog sich jetzt im Wahlkampf ein Firmenwechsel, der auch das Rekrutierungsgebiet der Partei verschieben soll. Durch Vereinigung mit dem *Jungdeutschen Orden* ist eine *Deutsche Staatspartei* entstanden, in der das geistige Schwergewicht offensichtlich nicht mehr in den liberalen Kreisen der Wissenschaft,

der Literatur, der freien Berufe liegen soll, sondern in jenem *Mittelstand*, der der Einwirkung einer nationalen und ständischen Ideologie unterliegt, ohne jedoch die jeder «Ordnung» abholde, im Grunde unbürgerliche Praxis und Methode der Nationalsozialisten in Kauf nehmen zu wollen. Nur dadurch unterscheidet sich der Jungdeutsche Orden, dessen Wiege ebenso wie die der Nationalsozialisten Hitlerscher Couleur im Lager des proletarischen Mittelstandes gestanden hat, von dem Nationalsozialismus, daß seine Unzufriedenheit mit dem Kapitalismus weniger ausgeprägt, daher auch seine Revolte gegen alles Bestehende harmloser und am Ende als Widerstand der «jungen Generation» gegen die «Alten» rein ideologisch ist.

Man trägt die zu stark mit Traditionen belastete liberale Ideologie zu Grabe, um jene bürgerlichen Wähler einzufangen, die schon unzufrieden sind, aber praktisch noch nicht gegen die hergebrachte Ordnung der Dinge revoltieren; man versucht, in der Deutschen Staatspartei jenes «Neue» zu erfinden, das den proletarisierten Mittelstand, der den alten bürgerlichen Parteien den Rücken kehrt, von der Flucht ins Extrem abhalten könnte. Und doch ist die reale gesellschaftliche Basis, auf der sich das neue Gebilde erhebt, zu schmal, die politische und wirtschaftliche Zielsetzung der neuen Partei zu verschwommen, als daß hier ein Mittelpunkt für die Sammlung bürgerlichen Massen entstehen könnte. Haben diese Massen ihren Weg ins Lager der Arbeiterklasse noch nicht gefunden, so ist doch viel wahrscheinlicher, daß sie der radikalen Allverneinung der *Nationalsozialisten* folgen, als daß sie das Menschenmaterial für die Zusammenleimung der *auseinanderfallenden bürgerlichen Parteien* abgeben.

So haben sich zunächst die Fronten im Wahlkampf formiert: Die Deutschnationalen sind zwar auseinandergefallen, aber die Regierung Brüning hat ihre Politik gemacht und den Machträumen der Hugenberge eine solide Grundlage verliehen, den Radikalismus eines guten Teils der deutschnationalen Wähler gesteigert und sie in die nächste Nachbarschaft der Hitler-Leute gebracht. Das evangelische Zentrum ist nicht zustande gekommen, nicht einmal ein leuchtendes politisches Symbol ersetzt den zahlreichen Mittelstandswählern der «Mittelparteien» das, was man an wirtschaftlichen Werten ihnen nicht gegeben hat. Ihrer Existenz im Kapitalismus nicht mehr sicher, flüchten sie aus den alten Parteien und schlagen unter Umgehung der Deutschnationalen den *Weg zum Hakenkreuz* ein. Schichten des liberalen Bürgertums wehren sich zwar gegen den agrarischen Kreuzzug, haben aber eine Schwächung ihrer Organisationen und ein heilloses Durcheinander an der ideologischen Front zu verzeichnen und sehen die Hoffnung auf eine liberal-bürgerliche Regierung schwinden. Die Wähler des Zentrums stehen ratlos vor dem Trümmerhaufen der Brüningschen

«Frontkämpferpolitik» und wissen nicht, ob sie eine sozial-reaktionäre Zentrumpolitik, die grundsätzliche Trennung vom Bürgertum und den Abmarsch zur Sozialdemokratie oder die Desperadoerlösung unter der Hakenkreuzfahne wählen sollen. Zutiefst wühlt die Zersetzung der bürgerlichen Parteien die Wählermassen des Bürgertums auf. Groß ist die Enttäuschung und Verzweiflung unter den proletarisierten, ins Elend hinabgestoßenen Angehörigen des Mittelstandes und des Kleinbürgertums. Und es droht der Strom der Verzweiflung sich zu ergießen in das Flußbett der *nationalsozialistischen Demagogie*, die sich in ihrer Wortfeindschaft gegen den Kapitalismus, gegen die Republik, gegen die Außenpolitik der Verständigung geradezu selbst übersteigert und den Unwillen der Verzweifelten aufpeitscht bis zu der Siedehitze, in der alles auf eine Karte, ganz gleich, welcher Farbe sie ist, gesetzt wird. Im Entscheidenden geht der Kampf darum, ob es der *Sozialdemokratie* gelingt, die Enttäuschten und Hoffnungslosen um ihr Banner zu scharen und sie über die Wahlschlacht hinaus in den organisierten Kampf gegen das kapitalistische System zu führen. Hier fällt die Entscheidung: *Hakenkreuzfanatismus oder sozialistischer Befreiungskampf?* Hat das Experiment Brüning die bürgerliche Mitte aus der Rolle des lachenden Dritten hinausmanövriert in die Rolle dessen, der in keinem Fall mehr zu lachen hat, so fehlt doch infolge der Wahnsinnspolitik der *Kommunisten* im proletarischen Lager jene Einheit und Geschlossenheit, an der die faschistische Welle beim ersten Anrieb zerschellen müßte. Und im Kampf gegen den nationalsozialistischen Faschismus hängt der sozialistische Erfolg nicht zuletzt davon ab, ob die Sozialdemokratie es versteht, die kommunistischen Wähler in den Schoß der Mutterpartei zurückzuholen und jene verhängnisvolle *Spaltung des Sozialismus zu überwinden*, die sich der faschistischen Einbruch in die Arbeiterklasse zunutze macht.

Die Weltwirtschaftskrise des Jahres 1930.

Von Dr. E. J. Walter.

Jede kapitalistische Krise weist eine Reihe charakteristischer Merkmale auf, die auch an der Weltwirtschaftskrise des Jahres 1930 festzustellen sind: während auf der einen Seite durch die Ueberproduktion an Waren die Preise geworfen werden, schließen die Fabriken ihre Tore, schwächt das Heer der Arbeitslosen zu phantastischen Ziffern an, steigen die Zahlen der Wechselproteste, Liquidationen und Konkurse, sinken der Zinsfuß und das Handelsvolumen.

Noch zu Beginn dieses Jahres wurde vielfach versucht, das Gespenst der Weltwirtschaftskrise durch gut gemeinte Be-